

**Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus**

München, 05.04.2023

Studie zu Lebenslagen und Bedarfen von Mädchen* und jungen Frauen* durchführen

Antrag

Das Sozialreferat mit dem Stadtjugendamt wird gebeten, eine Studie zu den Lebenslagen und Bedarfen von Mädchen* und jungen Frauen* durchzuführen. Das Ziel ist über alle Handlungsfelder in der Kinder- und Jugendhilfe hinweg, eine Datenlage zu dieser stadtgesehellschaftlichen Gruppe einzuführen und stabil vorzuhalten. Die bereits in Teilen vorliegenden Daten sind mit den neu zu erhebenden Daten zusammenzuführen. Um diese Datenlage zu erheben, soll eine Studie in Auftrag gegeben werden. Das Münchner Fachforum für Mädchen*arbeit sowie die Gleichstellungsstelle sind als Expertinnen an der Erstellung der Datenerhebung und der Studienkonzeptionierung zu beteiligen. Dieser Antrag unterstützt ausdrücklich die aktuelle Empfehlung der Stadtratskommission zur Gleichstellung von Frauen über die „Studie zu Lebenslagen und Bedarfen von Mädchen* und jungen Frauen*“.

Begründung:

Über Jahrzehnte hinweg wurde von breiter fachlicher Expertise regelmäßig die ungleiche Gewichtung und Berücksichtigung von weiblichen und nicht-binären Perspektiven und Auftragsumsetzungen gegenüber männlichen Belangen in der Kinder- und Jugendarbeit nachgewiesen. Die Datenlage bezogen auf Lebenslagen von Mädchen* und jungen Frauen* ist rudimentär, veraltet oder nicht münchenspezifisch und nicht geschlechtsspezifisch erhoben. Dies führt dazu, dass die Bedarfsbekundungen von Expertinnen* nicht ausreichend aufgegriffen werden können.

Die Arbeit für und mit Mädchen* und jungen Frauen* erfordert nach wie vor eine gleichberechtigte Sichtbarkeit, Anerkennung, Raum und Finanzierung. Um eine professionelle Arbeit mit Mädchen* und jungen Frauen* zu gewährleisten, sind verlässliche Daten und Fakten von entscheidender Bedeutung. Nur so können die Bedarfe erkannt werden, welche Angebote benötigt werden, welche Themen

Mädchen* und junge Frauen* beschäftigen, mit welchen Herausforderungen sie konfrontiert sind und welche Räume fehlen.

Gendersensibles pädagogisches Handeln ist jedoch keine optionale Maßnahme, sondern muss in der Kinder- und Jugendhilfe sowohl querschnittlich als auch schwerpunktbezogen strukturell verankert sein. Dies ist im Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (KJSG) verpflichtend vorgegeben.

Um eine angemessene Auftragsumsetzung mit entsprechender Qualitätssicherung und Gleichstellungsarbeit zu gewährleisten, benötigen das StJA, alle Verbände, Trägerinnen und Träger sowie die Fachkräfte entsprechende statistische Daten. Nur so sind sie in der Lage, bedarfsgerechte Angebote anzupassen und auszubauen, Qualifikationen zu entwickeln und sich für geschlechterbezogene Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit zu sensibilisieren.

Fraktion Die Grünen – Rosa Liste

Initiative:

Marion Lüttig

Judith Greif

Angelika Pilz-Strasser

Gudrun Lux

Anja Berger

Mona Fuchs

Sebastian Weisenburger

Mitglieder des Stadtrates

SPD/Volt-Fraktion

Micky Wenngatz

Lena Odell

Barbara Likus

Kathrin Abele

Mitglieder des Stadtrates